



Es ist eine Tatsache, dass nach zwei Jahrzehnten Kostendämpfungspolitik der berechnete Anspruch der Patienten auf eine qualitativ hochwertige Gesundheitsversorgung nicht mehr rückhaltlos gewährleistet werden kann. Foto: dpa

Abschied von einer Illusion

Wir müssen uns von der Illusion verabschieden, dass im derzeitigen System der Gesetzlichen Krankenkassen jeder Patient stets auf alle Leistungen zugreifen kann. Selbstverständlich wäre das wünschenswert. Deshalb macht es ja auch populär, diese Illusion zu nähren, aber es ist eben auch populistisch und nicht ehrlich.

In Wahrheit reicht das Geld, das die Politik zur Verfügung stellt, für eine wirklich gute Versorgung vorne und hinten nicht mehr aus. Es ist eine Tatsache, dass nach zwei Jahrzehnten Kostendämpfungspolitik der berechnete Anspruch der Patienten auf eine qualitativ hochwertige Gesundheitsversorgung nicht mehr rückhaltlos gewährleistet werden kann.

Die Unterfinanzierung im Gesundheitswesen hat schleichend zu einer Rationierung geführt, die von den verantwortlichen Politikern aber nach wie vor geleugnet wird – wie auch beim 112. Deutschen Ärztetag im Mai in Mainz aus der Rede deutlich wurde, die Staatssekretär Dr. Klaus Theo Schröder in Vertretung der Bundesgesundheitsministerin hielt (*siehe auch Seite 12 f.*).

Ärztinnen und Ärzte geraten zunehmend in die Zwickmühle: Auf der einen Seite steht die direkte Beziehung zu den eigenen Patienten, die zu Recht eine hochqualifizierte medizinische Behandlung erwarten. Auf der anderen Seite sind Patient und Arzt auf ein System angewiesen, das den Zugang zu einer am medizinischen Fortschritt orientierten Versorgung durch die forcierte Wettbewerbsorientierung des Gesundheitswesens, den Abbau flächendeckender Versorgungsstrukturen und von Wirtschaftlichkeitsaspekten geprägte Therapievorgaben immer weiter erschwert.

Die Symptome des Mangels sind unübersehbar: Honorarverfall, unzureichende Investitionen in moderne Medizintechnik, Personalabbau, Einsatz von übermüdeten Ärztinnen und Ärzten oder zunehmende Wartezeiten. Die Verantwortung für Leistungseinschränkungen aber delegiert der Gesetzgeber an die Ärztinnen und Ärzte. Das belastet die Patient-Arzt-Beziehung. Die Patienten wie

auch die breite Öffentlichkeit sollen den Eindruck gewinnen, die Ärztinnen und Ärzte seien für das Vorenthalten von Leistungen verantwortlich.

Dabei hat es die Politik in der Hand, eine gute Versorgung mit einer überzeugenden Finanzierungsreform der Gesetzlichen Krankenversicherung dauerhaft sicherzustellen. Wir geben in Deutschland nur etwa 6,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für die Gesetzliche Krankenversicherung aus, weniger als in vergleichbaren Ländern.

Sollte das finanzielle Korsett, das die Medizin inzwischen umgibt, immer enger geschnürt werden, dann allerdings plädiere ich für ein geordnetes und transparentes Verfahren, die knappen Mittel gerecht zu verteilen. Dabei muss sichergestellt werden, dass schwere Erkrankungen und wirksame Behandlungsverfahren, auch wenn sie teuer sind, auf der Prioritätenliste ganz oben angesiedelt werden.

Bereits der 111. Deutsche Ärztetag hat die Einrichtung eines Gesundheitsrates gefordert, der solche gesundheitspolitischen Entscheidungen vorbereitet. Der Gesundheitsrat soll unabhängig und unter enger Einbindung von Ärzteschaft und Patientenvertretern im vorpolitischen Raum arbeiten.

Seine Aufgabe wäre es, Schwerpunkte für die Gesundheitsversorgung zu definieren. Eine solche Priorisierung kann nur auf der Basis ärztlicher, ethischer, medizinisch-wissenschaftlicher und sozialer Kriterien erfolgen und sollte Ergebnisse der Versorgungsforschung berücksichtigen. Die Entscheidungen über sinnvolle Kürzungen müssen dann von der Politik öffentlich nachvollziehbar getroffen und verantwortet werden.

Wir werden nicht hinnehmen, dass die Entscheidungsträger sich aus der Verantwortung stehlen, Patienten und Ärzten weiter die heimliche Rationierung zumuten und öffentlich die Ideologie des allumfassenden Leistungsversprechens vorbeten.

Professor Dr. Jörg-Dietrich Hoppe
Präsident der Bundesärztekammer und der
Ärztekammer Nordrhein